

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 12 (1917)
Heft: 12

Artikel: Von der Frauenkonferenz in Waldstatt
Autor: M. H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351416>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von der Frauenkonferenz in Waldstatt.

Sonntag, den 11. November, tagten im Schulhaus in Waldstatt die Delegierten der Textilarbeiterinnen aus der Ostschweiz. Auch Arbeiterinnenvereine und Arbeiterunionen hatten Genossinnen und Genossen entsandt. Als Tagespräsidentin amtete Eda Karrer, Rorschach. Marie Meier, Herisau, sprach in ergreifenden Worten über die Notlage, die immer weitere Kreise der Arbeiterschaft erfaßt und sie dem Hungerelend entgegentreibt. Die Lebenshaltung ihrer eigenen Familie war ein sprechendes Beispiel dafür, wie trotz aller Sparanstalt das Lohnneinkommen von Mann und Frau im Textilgewerbe bei weitem nicht ausreicht für den notwendigen Lebensunterhalt. Die Folgen der Unterernährung treten immer mehr zutage. Die Arbeiterschaft muß daher selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durch die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und den Kampf gegen die Teuerung die Notlage einzudämmen suchen.

Geradezu als eine Schande muß es bezeichnet werden, wie Staat und Gemeinden den Wehrmannsfrauen die Militärunterstützung fürzten. Die Arbeiterinnen sind ja ohnehin zur Erwerbsarbeit gezwungen und meist um einen erhörmlichen Lohn, auch wenn der Mann vom Dienst für das Vaterland der „Andern“ wieder zurückkehrt. Sein Lohn reicht längst nicht mehr für den alleinigen Unterhalt der Familie aus. Für die Arbeiterfrauen heißt es heute fast durchwegs mitverdienen. Ist es da nicht ein gewaltiges Unrecht, wenn man ihnen die sauer verdienten Baken von der gesetzlichen notdürftigen Unterstützung in Abzug bringt? Diese bundesrätliche Verordnung muß aufgehoben werden.

Aus diesen Erwägungen heraus faßte die Waldstätter Konferenz folgenden einstimmigen Beschuß:

Die Frauenkonferenz Waldstatt vom 11. November 1917 beauftragt die anwesenden Vertreter und Vertreterinnen der Organisationen, dahn zu wirken, daß die schweizerische Notstandskommission der Arbeiterschaft regelmäßig jeden Monat zusammentritt, um Mittel und Wege zu suchen, wie dem wachsenden Glend der Unterernährung und des Hungers wirksam gesteuert werden kann. Die Frauenkonferenz gibt einstimmig dem Verlangen Ausdruck, daß der Milchpreis nicht erhöht, und das Brennholz billiger abgegeben werde. Sie fordert, daß eine Bestandsaufnahme der Kartoffeln, und des Obzes und ihr Ankauf durch Gemeinden und Kantone angeordnet werde, damit diese beiden in Hülle und Fülle vorhandenen Nahrungsmittel zu billigen Preisen der arbeitenden Bevölkerung verabfolgt werden können. Die Frauenkonferenz protestiert dagegen, daß den Arbeiterfrauen, die durch die Not gezwungen, dem Broterwerb nachgehen müssen, die Wehrmannsunterstützung geschmälerst wird. Sie fordert für alle Arbeiterfrauen, die Familienmütter sind, die volle Ausszahlung der staatlichen Unterstützung.

M. H.

Die Zürcher Revolte.

Die Tatsachen sind bekannt. Eine hungernde und friedenssüchtige Menge, geführt von Pazifisten, zog vor eine Munitionsfabrik, um Einstellung der Nachtarbeit zu fordern. Sie hatte Erfolg. Die Pazifisten riefen auf den folgenden Tag, einem Freitag, zu einer neuen Versammlung auf einem öffentlichen Platz zusammen. Polizisten stürzten sich mit blanke Waffe auf die Masse, verhafteten die Redner, trieben das Volk mit Säbelhieben auseinander. Die gleichzeitig tagende Versammlung der Bezirkvertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei beschließt, eine Protestversammlung abzuhalten, aber nicht am Samstag, wie die Demonstranten verlangen, sondern erst am Montag. Die erbitterte Volksmenge kommt am Samstag trotzdem zusammen, durch Flugblätter noch besonders dazu aufgefordert. Auf dem Helvetiaplatz werden Ansprachen gehalten. Die Redner protestieren gegen Polizeiwillkür und Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse. Ein Demonstrationszug vor die „Neue Zürcher Zeitung“ wird vorgeschlagen.

Vor einem Polizeiposten staut sich ein Teil der Menge und wirft mit Steinen auf das Lokal der Polizeiheiligen vom vorigen Tag. Dann stürzen sich die bewaffneten Polizisten auf die wehrlose Menge, hauen drauflos. Ein Schuß fällt. Das Signal zu einem weiteren Polizeiangeißt. Zwei Arbeiter werden niedergeschossen. Dann Militäraufgebot, Belagerungszustand, Versammlungsverbot, Verhaftungen, Aussiedlung bez. Genossen Münzenberg usw. Was sagen uns diese Tatsachen?

Die Polizisten, die Soldaten, die Bezirkshauptmänner handelten im Auftrage der Behörden. Es bestehen Gesetze, die der Regierung das Recht geben, wehrlose Menschen zu misshandeln und erschließen zu lassen. Wenn Friedensliebende Menschen die Munitionsherstellung stören und vielleicht den Profit des Fabrikanten schmälern, so gibt es wieder Gesetze, in denen geschrieben steht, was die Friedenmühlenden Menschen tun, sei ein Verbrechen, denn die Gesetze erlauben es, ungeheure Profite zu machen und Granaten zu fabrizieren. Aber die Gesetze erlauben es nicht, daß hungrige Menschen sich auf der Straße versammeln, ohne um Erlaubnis zu fragen. Es ist der Regierung unangenehm, daß hungrige Menschen eine Masse bilden, denn sie weiß, daß der Hunger die Menschen zu unzufriedenen Bürgern macht, und daß unzufriedene Bürger eine Gefahr sind für den Staat, der die Profite der Reichen schützen soll.

Und weil der Staat ein bißchen Notstandsmassnahmen getroffen hat und den hungernden Armen Milch und Brot billig verkauft, kann die Regierung durchaus nicht begreifen, daß die Armen immer noch unzufrieden sind. Deshalb befiehlt sie allen Bürgern und Ausländern Zufriedenheit, und droht mit Bajonetten, wenn man nicht gehorcht. Einen solchen Staat haben wir. Die einen nennen ihn Demokratie, die andern Klassestaat.

Wir gehören zu den andern und haben gerade deswegen eine sozialdemokratische Partei gebildet, um den Klassestaat zu beseitigen. Unsere männlichen Genossen geben sich bei jeder Abstimmung unendliche Mühe, einen Vertreter der Unzufriedenen in die Behörden dieses Klassestaates zu wählen, damit er helfen solle, bessere Gesetze zu machen. In Zürich haben wir sogar vier sozialdemokratische Stadträte.

Nun hat sich das Seltsame ereignet, daß diese vier Stadträte ohne Protest geichehen ließen, daß die Polizei und die Soldaten zum Schutze der Zufriedenen und Reichen herbeigerufen wurden. Sie finden es verwerflich, daß die hungrigen und Frieden verlangenden Armen sich nicht um Gesetze des Klassestaates kümmern können, daß es Augenblicke gibt, in denen sie tun müssen, was sie für richtig halten.

Die gleichen Stadträte, wenigstens drei von ihnen, sind zu gewöhnlichen Zeiten ganz außerordentlich nützliche Menschen. Der vierte ist Polizeivorstand. Jeder von den drei leitet einen Zweig der Stadtverwaltung Zürichs und alle drei sind bestrebt, innerhalb der Grenzen ihrer Verwaltungsbereiche zum Wohle des Volkes zu wirken. Aber gerade weil sie gewohnt sind, innerhalb von Gesetzen und Verwaltungsbereichen nützliche Arbeit zu machen, wollen sie nicht dulden, daß ein Teil des Volkes den engen Ring der Gesetze sprengt. Jener Teil des Volkes, dem es unerträglich wird, zu warten, bis der Klassestaat geziemäßig abgeschafft ist.

Folgen des Krieges, Folgen der russischen Revolution, Folgen des Hungers, wer weiß es so genau? Alles zusammen schafft einen Geisteszustand, der Ausbrüche wie die Zürcher Revolte zum Naturereignis macht. Das ist der Widerspruch mit den sozialdemokratischen Stadträten. Und unsere Parteileitung?

In Zürich hat die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Beschlüsse gefaßt. Sie wollte die Toten begraben, Arbeitsruhe am Begräbnisnachmittag, Aufhebung des Belagerungszustandes, sofortige Freilassung der Verhafteten. Eine Kommission verhandelt mit der Regierung und dem Platzkommando. Die Toteneifer wird gestaltet, wenn die Kommission sich verpflichtet, zu veranlassen, daß die Straßenbahn fährt, daß die Gewerkschaften getrennt, unter Vermeidung des Kampfplatzes vom Samstag, auf einem streng vorgeschriebenen Weg zum Friedhof gehen. Die Kommission kapituliert, lobt die Beschlüsse der Delegiertenversammlung, die Gefangenen bleiben in Haft, die Soldaten bleiben da, die Arbeiter marschieren auf Befehl des Platzkommandanten.

Der Unionsvorstand und seine Kommission fürchteten einen allgemeinen Streik und seine eventuellen ungezüglichen Folgen. Ein ähnlicher Seelenzustand, wie bei den Stadträten.